Nr. 273. XII. Jahrgang. Täglich 90000 Auflage. Donnerstag, 6. Oktober 1904.

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Auflage in Sachsen.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Pillnitzer Straße 49.

Fernsprecher: Redaktion Amt I Nr. 1897, Expedition Amt I Nr. 4571, Verlag Amt I Nr. 542.

Anzeigen: 1spaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Umgebung 15 Pf., für auswärts 25 Pf., Tabellensatz 50 Pf. Die 2spaltige Reklamezeile für Dresden und Umgebung 1 Mk., für auswärts 2.50 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Gesetzesgebühren 20 Pf. Inserate von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Telephonische Aufgabe von Inseraten unzulässig. Unsre Filialen und auswärtigen Filialen sowie sämtliche Annoncenexpeditionen im In- und Auslande nehmen Inserate zu Originalpreisen und Rabatten an.

Abonnement: In Dresden und Vororten monatlich 50 Pf., pro Quartal 1.50 Mk. frei Haus, durch unsre Provinz-Filialen monatlich 65 Pf., pro Quartal 1.95 Mk. frei Haus. Mit der Beilage „Dresdner Illustrierte Blätter" pro Monat 15 Pf. mehr.

Postbezug:	Ausg.	A	monatl. 67 Pf.,	pro Quartal	2.00 Mk.
mit „Illust. Bl."	„	B	„ 80 „	„ „	2.40 „
In Oesterreich-Ung.	„	A	„ 1.09 Kr.	„ „	3.26 Kr.
„ „ „	„	B	„ 1.25 „	„ „	3.73 „
Für die Schweiz	„	A	„ 0.82 Frk.	„ „	2.45 Frk.
„ „ „	„	B	„ 0.98 „	„ „	2.94 „

Nach dem Auslande per Kreuzband pro Woche 60 Pf.

Diese Nummer umfaßt 20 Seiten. Roman siehe Seiten 19 und 20.

Oekonomierat Kasten und die Dresdner Handelskammer.

Zwischen Herrn Rittergutsbesitzer Oekonomierat Kasten und der Dresdner Handelskammer ist ein interessanter Streit entbrannt. Er dreht sich um ein Gutachten, in dem sich die Handelskammer, wie wir seinerzeit eingehend berichteten, gegen die Einführung einer Umsatzsteuer für Getreidemühlen aussprach. Als Oekonomierat Kasten in der Ersten Ständekammer im Mai dieses Jahres die Wünsche der Kleinmüller nach einer solchen Umsatzsteuer befürwortete, da griff er das erwähnte Handelskammergutachten scharf an und sagte, „es enthalte fast in jedem Satze eine unrichtige, falsche Behauptung". Auf eine Aufforderung, diesen Vorwurf näher zu begründen, antwortet nun Oekonomierat Kasten mit einem „Offenen Brief an die Handelskammer Dresden" in der letzten Nummer des konservativen „Vaterland".

Die Frage, um die es sich dreht, ist kurz folgende: Ein Teil der kleinen Mühlenbesitzer glaubt seine Lage dadurch verbessern zu können, daß eine Umsatzsteuer für die großen Mühlenbetriebe eingeführt wird, die je nach der Menge des vermahlenen Getreides höher und höher wird und schließlich den ganz großen Betrieben den Wettbewerb recht erheblich erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Die Verfechter dieser Umsatzsteuer stellen (nach bekannten Mustern!) die Großbetriebe als die Wurzel alles Uebels hin, das über die einst so blühende Müllerei gekommen sei. Der wachsende Wettbewerb der großen Hafermühlen usw., die mit allen möglichen lauteren und unlauteren Mitteln arbeiten, habe den kleinen Mühlen die Existenz unmöglich gemacht.

Demgegenüber bewies nun die Handelskammer in ihrem sehr ausführlichen, auf die Ansichten von Sachverständigen gestützten Gutachten, daß am Verschwinden zahlreicher kleiner Windmühlen und Dorfmühlen sehr verschiedene Ursachen schuld sind. Nicht wenig Mühlen sind von Rittergütern aufgekauft worden, andre haben, wie seinerzeit in der Handelskammersitzung von sachverständiger Seite ausgeführt wurde, mit der Aufsaugung der Bauernhöfe durch die großen Güter ihre Absatzgelegenheit verloren. Vielen Mühlen des Handelskammerbezirks, kleinen wie größeren, ist auch der Wettbewerb der landwirtschaftlichen Genossenschaften schädlich geworden, die mit dem billigen Kredite zu 2½ Prozent aus Staatsmitteln unterstützt werden, so z. B. die Genossenschaft „Bärenhecke" in der Dresdner Umgebung.

Ferner sind viele kleinere Mühlen verschwunden, die keineswegs durch den „erdrückenden Wettbewerb der Großmühlen" ihre Existenzfähigkeit eingebüßt hatten. Sie haben sich nur lohnenderen Erwerbszweigen zugewendet. Viele Betriebe, die früher als Getreidemühlen arbeiteten, sind jetzt in Schneidemühlen, Elektrizitätswerke, Gastwirtschaften umgewandelt worden. Um ein Beispiel herauszugreifen: Herr Oekonomierat Kasten wird bei seinem Parteifreunde Herrn Geheimrat Mehnert auf Medingen leicht erfahren können, ob die Medinger Mühle durch den Wettbewerb der Großbetriebe oder dadurch verschwunden ist, daß sie zum Elektrizitätswerke für das Medinger Rittergut gemacht wurde.

Die Handelskammer wies seinerzeit nach, daß die Lage des Mühlengewerbes nicht so traurig sei wie behauptet werde. Sie zeigte aus einer Statistik, die alle zur Gewerbekammer gehörigen Müller (600) des Dresdner Bezirkes umfaßte, die also nur die kleineren Betriebe betraf, daß das Durchschnittseinkommen in den Städten 2924 Mk. und auf dem Lande 1922 Mk. beträgt. In den Städten stehen die Müller damit an 9. (!) Stelle unter 67 (!) Gruppen von Gewerbetreibenden. Trotz dieser ganz klaren Darlegung fragt Oekonomierat Kasten in seinem „Offenen Briefe": „Welcher kleine Händler, welcher kleine Kaufmann würde sich mit einem so geringen Einkommen begnügen?" Nun, die Statistik zeigt, daß 58 Gewerbegruppen von 67 sich mit noch geringerem Einkommen begnügen müssen, ganz abgesehen davon, daß der Verfasser des „Offenen Briefes" wahrscheinlich allzusehr an den „notleidenden Großgrundbesitz" gedacht hat, als er ein Durchschnittseinkommen von 2924 Mk. als „gering" bezeichnete.

Auch sonst ist der „Offene Brief" in Nr. 40 des „Vaterland" recht reich an angreifbaren Stellen. So behauptet Oekonomierat Kasten: „Die Großmühlen an den großen Wasserstraßen verarbeiten fast ausschließlich ausländisches Getreide." Bei genauem Durchlesen des von ihm so hart angegriffenen Handelskammergutachtens würde er das Gegenteil zahlenmäßig nachgewiesen finden. Dort wird gesagt, daß 1902 selbst bei der schlechten inländischen Weizenernte vier große sächsische Mühlen zusammen über 700000 Doppelzentner inländisches und zwar wahrscheinlich überwiegend sächsisches Getreide vermahlen haben. „Diese Mühlen sind also sehr bedeutende Abnehmer unsrer Landwirtschaft, und wir glauben, daß auch unsre Landwirtschaft gern mit diesen Mühlen arbeitet, da sie bei ihnen auf pünktliche Zahlung des Kaufpreises nach kaufmännischem Brauche rechnen kann."

Die Handelskammer hatte ferner darauf hingewiesen, daß die beabsichtigte, zum Teil sehr hohe Besteuerung der Großmühlen den Kleinmüllern nichts helfen werde. Vielmehr führe sie zu einer Erhöhung der Mehlpreise, und gegen eine weitere Verteuerung des Brotes müsse vom Standpunkte der Volksernährung Einspruch erhoben werden.

Im Tone des unentwegtesten Agrariers antwortet Oekonomierat Kasten hierauf: „Als ob das Brot teuer wäre! Als ob die Verbraucher in Deutschland Anrecht auf billigeres Brot hätten, als Landwirte, Müller und Bäcker im Lande es erzeugen können!" Ganz recht! Aber es handelt sich ja eben gar nicht mehr um den Preis, zu dem sie liefern können, es dreht sich bei der Frage der Umsatzsteuer ja nicht mehr um die Produktionskosten, sondern die Frage heißt: Soll durch eine Ausnahmesteuer die Arbeit der Großmühlen künstlich und mit voller Absicht derart verteuert werden, daß sie auch nicht billiger liefern können als allerhand kleine Wind- und Bachmüller? Es ist wahrhaftig, als habe der „unglückselige Konsument" noch nicht genug an dem, was der neue Zolltarif ihm auferlegt, als solle nun erst recht durch allerhand Hintertüren, durch Schiffahrtsabgaben, durch Mühlenumsatzsteuer das Getreide, Mehl und Brot nach jeder Möglichkeit verteuert werden.

Kein Mensch verlangt vom Müller oder Landwirt, daß sie billiger liefern als sie „können". Wohl aber kann man sich dagegen sträuben, daß bestimmten Industriezweigen Hunderttausende von Mark Steuern auferlegt werden sollen zu dem ausgesprochenen Zwecke, ihre Waren zu verteuern. Es ist dieser mehr und mehr um sich greifende Drang, alle Schäden des Wirtschaftslebens womöglich durch Umsatzsteuern heilen zu wollen, wahrhaftig kein gesunder Zug unsres jetzigen wirtschaftlichen und politischen Lebens. Im Interesse aller Erwerbszweige, auch der Landwirtschaft, liegt es, wenn energisch den Bestrebungen entgegengetreten wird, die Oekonomierat Kasten in seinem „Offenen Briefe" mit einem Eifer vertritt, der wahrhaftig einer besseren Sache als der Erdrosselungssteuer für Großmühlen würdig wäre.

Der Kaiser und die Thronfolge in Lippe.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet heute morgen folgende Meldung mehrerer Berliner Blätter:

„Dem heute in Detmold zusammentretenden Landtage geht eine Vorlage zu, die darlegt, daß nach dem Tode des Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld eine so ernste Lage geschaffen sei, daß die Staatsregierung es für ihre unabwendliche Pflicht hielt, den Landtag einzuberufen. Der Ernst der Lage werde dadurch gesteigert, daß nach amtlicher Mitteilung die Regierung von Schaumburg-Lippe gegen die Uebernahme der Regentschaft durch den Grafen Leopold beim Bundesrat Protest erhob und daß der Kaiser erklärte, diese Regentschaftsübernahme nicht anerkennen zu können. Das von dem Kaiser an den Grafregenten gesandte Antworttelegramm lautet:

„Rominten, den 26. September. Ich spreche Ihnen Mein Beileid zum Ableben Ihres Herrn Vaters aus. Da die Rechtslage in keiner Weise geklärt ist, kann Ich die Regentschaftsübernahme Ihrerseits nicht anerkennen und lasse auch das Militär nicht vereidigen. (gez.) Wilhelm, I. R."

Nach längerer Begründung wird in der Vorlage ausgeführt, daß der Grafregent im Vertrauen auf das gute Recht sich bereit erklärt habe, nochmals dem Urteile eines unparteiischen Gerichtshofes sich zu unterstellen. Deshalb werde das Staatsministerium beim Bundesrat beantragen, daß im Wege der Reichsgesetzgebung ein unparteiischer ordentlicher Gerichtshof, sei es das Reichsgericht, sei es das preußische Kammergericht, sei es der bayrische oberste Gerichtshof oder ein andres höchstes Gericht, bestellt werde, um dadurch die von der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Staatsregierung erhobenen Ansprüche, wie solche in dem Protest vom 12. November 1897 und dem Antrag vom 20. Januar 1898 dargelegt sind, zur richterlichen, für alle Beteiligten bindenden Entscheidung zu bringen. Das Staatsministerium ersucht den Landtag, durch einen Beschluß diesem Antrage beizutreten. Dieser Vorlage ist eine weitere Vorlage beigegeben, wonach das Regentschaftsgesetz vom 24. April 1895 eine Ergänzung erhält, wodurch im Falle des Ablebens des Fürsten Alexander die Regentschaft von dem Grafen Leopold bis zur endgültigen Entscheidung über die erneuten Thronstreitigkeiten fortgeführt wird. Dem Text ist eine Begründung beigegeben."

Nach dem bisherigen Verlaufe des Streites um die Thronfolge in Lippe war weder vom Kaiser noch von dem neuen Grafregenten und seiner Regierung ein andres Verhalten zu erwarten, als sie jetzt tatsächlich beobachten. Insbesondere war vorauszusehen, daß der Kaiser die Rechtmäßigkeit der Regentschaftsübernahme durch den Grafen Leopold anfechten werde, da

Die Memoiren des Staatsministers Albert Schäffle.

Von **Heinrich v. Poschinger.**

In einem zweibändigen Werke: „Aus meinem Leben" (Verlag von Ernst Hofmann & Co., Berlin), das dieser Tage erscheinen wird, hat Albert Schäffle, welcher vom November 1870 bis Oktober 1871 in dem Ministerium des Grafen Hohenwart als Handelsminister und interimistisch auch als Ackerbauminister fungierte, eine Schilderung seines Lebens hinterlassen, die um so interessanter ist, als mit ihm zum erstenmal ein Mitglied dieses Ministeriums das Wort zu dessen Geschichte ergreift. Die beiden Kapitel: „Minister in Oesterreich" und „Sozialpolitischer Berater Bismarcks" sind seitens die bedeutendsten; denn es wird darin einerseits die bisher von mystischem Dunkel umgebene Geschichte des Ministeriums Hohenwart, namentlich sein geheimnisvoller Sturz, geschildert, anderseits an der Hand eines bisher unbekannten Briefwechsels Schäffles mit Bismarck ein voller Einblick in den Werdegang der sozialpolitischen Gesetzgebung im Deutschen Reich gewährt, die bekanntlich eines der größten Ruhmesblätter des ersten deutschen Reichskanzlers bildet.

Mit dem auswärtigen Ministerium hatte Schäffle wenig äußeren Ressortverkehr; aber gleichwohl ist er in der Lage, über mehrere Fragen der auswärtigen Politik Oesterreichs wichtige Enthüllungen zu geben; vor allem über die Haltung Oesterreichs bei Ausbruch des Krieges von 1870. „Amtlich habe ich" — so schreibt Schäffle — „über das, was bei Ausbruch des französischen Krieges Oesterreichs Haltung bestimmt hat, auch als Minister nichts erfahren können. Doch im Frühjahr 1873 habe ich privatim das gehört, was mir als das wahrscheinlichste vorkommt. Erzherzog Albrecht wollte den Pakt gegen Frankreich halten, und er mag das dem Sieger von Custozza, dem leidenschaftlichen Hasser des Urhebers der „Stoß im Herz-Depesche" von Lamarmora, dem Mann, in welchem die österreichische Armee noch vom Vater her (Aspern) personifiziert war, verargen? Allein der Kaiser entschied sich gegen den Krieg mit Preußen aus dem überwiegenden Grunde, daß Oesterreich nicht schlagen konnte. Als ich Anfang Mai 1873 Hohenwart in Graz besuchte, hatte dieser kaum zuvor mit dem Generalstabschef des Erzherzogs Albrecht, General John, gesprochen und dieser ihm mitgeteilt, er (John) sei bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges zum Kaiser berufen und von diesem über die Schlagfertigkeit der Armee befragt worden. Er (John) habe drei Tage Prüfung aller im Reichskriegsministerium vorhandenen Quellen erbeten, auf die gemachten Befunde hin aber dem Kaiser bestimmt erklärt, daß die Armee nicht schlagfertig sei. Daraufhin habe der Kaiser gegen jede Aktion entschieden. Die Wahrhaftigkeit Johns halte ich über jeden Zweifel erhaben, und Hohenwart war stets unfähig, unrichtig zu berichten oder gar zu erfinden. Franz Joseph berührte vor mir nur einmal die hohe Politik. Es war, als Thiers die großen Höfe bereist hatte und deren gute Dienste für den Friedensschluß mit Frankreich zu erlangen suchte. Thiers war bereits mit leeren Händen abgereist, als der Kaiser mich, mit Bezug auf meine Kenntnis der Verhältnisse und Personen in Süddeutschland, um meine Ansicht über die Möglichkeit nachhaltiger Behauptung von Elsaß-Lothringen in deutschen Händen befragte. Ich betonte warm diese Möglichkeit, namentlich für den Fall, daß man die beiden Provinzen hauptsächlich mit süddeutschen Truppen belegen und durch die besten süddeutschen Beamten verwalten lasse. Die Erwerbung der verloren gegangenen Länder liege m. E. in der Konsequenz der Traditionen und im höchsten Interesse Oesterreichs, da der für lange Dauer verschärfte Gegensatz Preußens gegen Frankreich auf dauernde Freundschaft mit Oesterreich hindrängen werde."

Ueber die Wirksamkeit der politischen Polizei schreibt Schäffle: „In Preßangelegenheiten, welche in das Ressort Hohenwarts gehörten, wurde ich viel zu Rate gezogen. Regelmäßig konnte ich bei Hohenwart die Berichte der öffentlichen und der geheimen Polizei lesen. Die Unfähigkeit der politischen Polizei und die Gemeinheit ihrer geheimen Agenten lernte ich hier an der Quelle kennen. Daß es damit außerhalb Oesterreichs um kein Haar besser bestellt war, als in Wien, zeigte sich mir namentlich in einigen Berichten, welche durch das auswärtige Amt aus Paris, London, Berlin, Petersburg, Rom zur Zeit der Pariser Kommune und nach deren Niederwerfung fast täglich einliefen. Auch nicht das geringste Verständnis der Arbeiterbewegung konnte wahrgenommen werden, und es war mir leicht, meinem Kollegen die bodenlose Faselei und meist auch dumme Verlogenheit der Berichte an deren sachlichen und persönlichen Urteilen und Angaben nachzuweisen. Es war meist zum Lachen, oft zum Ekel. Ueber die Verhütung von politischen Attentaten auf hohe Personen und auf unpopuläre Staatsmänner hinaus wird sich der politische Polizeidienst nicht erstrecken können, ohne weit mehr zu schaden, als zu nützen. In kritischer Zeit vermag ein intriganter Polizeipräsident durch seinen Bericht eine Staatskrisis herbeizuführen oder doch zu verschärfen, wie auch wir es erfahren sollten. Damals teilte mir Graf Hohenwart die Erfahrungen mit, die er als Statthalter von Südtirol namentlich mit dem befohlenen schwarzen Kabinett 1859 gemacht hatte."

Nach dem Rücktritt in das Privatleben widmete Schäffle, wie aus seinen Memoiren hervorgeht, seine Kraft in umfassender Weise der wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit, besonders dem Ausbau der deutschen sozialpolitischen Arbeitergesetzgebung und der Zolltarifpolitik.

Kleines Feuilleton.

= **Die Sinfoniekonzerte im Königl. Opernhause** werden Freitag den 7. Oktober mit dem ersten Sinfoniekonzert der Serie B eröffnet. Das Programm ist das folgende: 1. Eine Faust-Ouvertüre von Richard Wagner. 2. Klavierkonzert, Op. 23, B-Moll, von P. Tschaikowsky. Solist: Herr Mark Hambourg. 3. Variationen und Doppelfuge über ein lustiges Thema von H. Schumann. (Zum erstenmal.) 4. Klavierpolo: Brahms, Variationen über ein Thema von Händel. Solist: Herr Mark Hambourg.

= **Im Residenztheater** findet Donnerstag abend eine nochmalige Wiederholung der melodiösen Operette „Der Bettelstudent" statt. Am Freitag wird als Operetten-Abonnementsvorstellung „Blaubart" aufgeführt, und zwar für die erste Serie, und Sonnabend wird F. A. Beyerleins Drama „Zapfenstreich" zum 47. Male gegeben.

= **Ueber zwei Berliner Premieren** vom Dienstag abend berichtet uns unser R. W.-Korrespondent: Im Deutschen Theater kam heute ein Unbekannter zu Worte — Heinrich Lilienfein, dessen dreiaktiges Drama „Maria Friedhammer" zum ersten Male gegeben wurde. Aus Schauspielerkreisen war schon vorher das Gerücht ins Publikum gedrungen, daß man hier der Offenbarung eines starken Talentes beiwohnen und ein gutes Stück sehen würde. Daraus konnte jemand, der hinter den Kulissen Bescheid weiß, darauf schließen, daß gerade das Gegenteil der Fall sein würde — eine Ansicht, der durch die Aufführung Bestätigung wurde. Lilienfein, seines Zeichens Historiker, hat sich auch einmal auf dramatischem Gebiete versuchen wollen, und hierzu schien ihm gerade ein Stoff geeignet, den schon Hunderte vor ihm besser und kraftvoller behandelt haben: Er schilderte einen Glaubenskonflikt, der sich aus einer Mischehe ergibt. Während der protestantische Gatte in dem Heiland die Verkörperung der Liebe und des verzeihenden Erbarmens sieht, läßt seine zur katholischen Religion schwörende Frau sich von ihrem Bruder, einem eifernden Kaplan, überzeugen, daß der Tod ihres fünfzehnjährigen Söhnchens nur die Strafe für ihren nicht von der Kirche gesegneten Ehebund ist. Um diese Sünde zu sühnen, will der Kaplan Maria, die Tochter Friedhammers, im Kloster sehen. Maria aber liebt — die Katholikin — mit der ganzen Glut ihres Herzens den Pfarrer des protestantischen Dorfes. Um aus diesen Gegensätzen einen Ausweg zu finden, läßt der Verfasser das Mädchen, das vergeblich gegen seine Liebe ankämpft, im Schneesturm zugrunde gehen, an der Bahre der Tochter erklärt dann Friedhammers Frau, daß sie an ihrem Gotte verzweifle und bittet den Gatten, sie dem seinen zuzuführen. — Das verbrauchte Thema konnte auf zweierlei Weise abgewandelt werden: entweder mit starken Theatereffekten oder indem das Stück ganz auf Psychologie gestellt wurde. Lilienfein hat den letzteren Weg gewählt, ohne daß sein Können auch nur im entferntesten ausreichte, um solcher Aufgabe gerecht zu wer-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19041006/1